

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Kfirringhaus, Berlin.
Verantwortlicher: Amt Dänhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Belle-Alliance-Platz 8
Druckanschrift: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Quartalsanfang, wenn nicht anderes vereinbart ist. Druckort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 7. Februar 1931

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

Von Niederlage zu Niederlage.

Entschlossener Abwehrkampf des Reichstags gegen die Volksverderber.

SPD. Mit einer Mehrheit von 70 Stimmen sind am Sonnabend die Misstrauensanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Gesamtregierung abgelehnt worden. Dafür stimmten lediglich Nationalsozialisten, Deutschnationale, Landvolk und Kommunisten, während sich der grösste Teil der Wirtschaftspartei der Stimme enthielt. Mit wesentlich grösserer Mehrheit, nämlich mit 318 gegen 207 Stimmen, wurde der Antrag auf Auflösung des Reichstags abgelehnt. Eine Ueberraschung bedeutet dieses Abstimmungsergebnis nicht. Es ist aber kennzeichnend für den entschlossenen Willen einer grossen Mehrheit des Reichstags, den Parlamentarismus und die Demokratie zu erhalten und alle Versuche der Nationalsozialisten und der Kommunisten, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu vergrössern und ein Chaos herbeizuführen, zu vereiteln.

Das sind vor allem auch die entscheidenden Ursachen für die Haltung der Sozialdemokratie. Immer mehr zeigt sich, dass der deutsche Wirtschaftskörper durchaus nicht so unheilbar krank ist, wie es die Nationalsozialisten darzustellen versuchen und wie es den Anschein hat, wenn man lediglich an die mehr als vier Millionen Arbeitslosen denkt. Die deutsche Wirtschaft ist seit einem halben Jahr völlig gelähmt durch das Gespenst des Chaos und der Diktatur. Viele Unternehmer haben den Umfang ihrer Betriebe gedrosselt, führen erhaltene oder erreichbare Aufträge nicht aus, weil sie befürchten, daß sie das von der nationalsozialistischen Welle erstrebte wirtschaftliche und politische Chaos um die Früchte ihrer Arbeit bringt. Die Wirtschaftskrise ist also zu einem erheblichen Ausmass politisch bedingt. Sie wird in der Masse zurückgehen, in dem es gelingt der Öffentlichkeit überzeugend zu zeigen, dass Parlament und Regierung vereint die Ordnung aufrechterhalten und die zerstörenden Elemente niederhalten wollen. Die Haltung der Sozialdemokratie wird deshalb in erster Linie diktiert von dem Wunsch, das Heer der Erwerbslosen wieder in Arbeit zu bringen. Dazu ist am Sonnabend ein erster wichtiger Schritt getan.

In diesem Zusammenhang müssen auch die Massnahmen betrachtet werden, die für die Änderung der Geschäftsordnung geplant sind. Es sind Notwehrmassnahmen, wie der Reichstagspräsident Löbe sie am Sonnabend mit Recht bezeichnet hat. Sie sollen in keiner Weise die Minderheit vergewaltigen oder gar die parlamentarischen Rechte verkleinern. Das Ziel ist vielmehr die Arbeitsfähigkeit des Parlaments gegenüber denjenigen Kräften sicherzustellen, die das Parlament und die demokratischen Rechte des Volkes zu zerstören trachten. Eine erste derartige Notmassnahme war die am Sonnabend erfolgte Anwendung des § 42 der Geschäftsordnung des Reichstags, die es ermöglicht, über mehrere Teile des Etats oder eines Gesetzentwurfs in gemeinsamer Abstimmung zu entscheiden. Man hat diese Bestimmung erst angewandt, als klar war, dass das Verhalten der Opposition die rechtzeitige Erledigung des Etats unmöglich machen würde.

Die Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung und auf Aufhebung der Im-

munität wird der Reichstag am Montag beraten. Sie müssen schnellstens in Wirksamkeit treten, zumal der Missbrauch der Immunität in den letzten Monaten ungeheuerliche Formen angenommen hat. Die Situation ist heute die, dass das Volk vor der Immunität von Abgeordneten geschützt werden muss, die diese Immunität schamlos missbrauchen. Da die Mehrheit des Reichstags dazu fest entschlossen ist, steht der Opposition in den nächsten Tagen eine neue Niederlage in Aussicht, die hinter der vom Sonnabend nicht im geringsten zurücksteht.

SPD. Frankfurt/M., 7. Februar (Eig. Dr.)

Der bisherige Verlauf des Prozesses gegen die nationalsozialistischen Mörder des kommunistischen Arbeiters Breitenbach, der z. Zt. vor dem Frankfurter Schwurgericht stattfindet, hat die scheussliche Bluttat vom 19. Oktober fast restlos aufgeklärt.

Am Abend des Mordtages hatten etwa 10 Kommunisten, unter ihnen der getötete Breitenbach, das nationalsozialistische Verkehrslokal von Heun in der Niddastrasse aufgesucht, dort "Heil Moskau" gerufen und kommunistische Lieder angestimmt. Die Tochter des Wirtes Gertrud Heun telefonierte bald nach dem Eintreffen der Kommunisten das nationalsozialistische Hauptquartier um Hilfe an. Wenige Minuten später trafen mehrere Autodroschken mit Nationalsozialisten ein, die von der Wirtstochter auf dem Hof mit Schlagwerkzeugen bewaffnet wurden. Die Nazis drangen dann in das Lokal ein und schlugen mit Biergläsern, Stuhlbeinen und Stahlspiralen auf die Kommunisten, insbesondere aber auf den Arbeiter Breitenbach ein. Breitenbach stürzte auf den Boden, wo er hilflos liegen blieb. Dennoch gab der Angeklagte Seipel mehrere Schüsse auf ihn ab. Dann schlug der Angeklagte Kirschtein mit dem Ruf: "Wenn der Hund nur ganz verrecken wollte!" mit einem Stuhlbein auf Breitenbachs Schädel. Ein Zeuge sagte entsetzt über diese Bestialität der Nazis: "Sie handelten nicht wie Menschen, sondern wie Bestien....".

Die Herkunft der Angeklagten ist ausserordentlich aufschlussreich für die geistige Verfassung der Nationalsozialistischen Partei. Der Schlosser Seipel war früher Unterkassierer und Gruppenführer beim "Roten Frontkämpferbund", bis ihn eines Tages ein kommunistischer Parteifreund bei seiner Frau erwischte und die Treppe hinunterwarf. Der Kraftfahrer Geyer nennt sich zwar "Arbeiter", gehört aber auch zu der bekannten grossen Kategorie unvollendeter Gymnasiasten. Der Laborant Fell besuchte die Polizeischule, wurde wegen Untauglichkeit entlassen und trat später der Nazi-Partei bei. Auch der Verteidiger der Angeklagten, Rechtsanwalt Dr. Wirth, ist ein würdiger Vertreter. Vor nicht langer Zeit hat er bei der Sozialdemokratie angeklopft, ob er nicht durch Beitritt zur SPD einen Syndikusposten erhalten könnte. Da er abblitzte, wurde er ein Herold des "Hitler-Idealismus".

Das politische Hauptinteresse des Prozesses konzentriert sich naturgemäss auf den nationalsozialistischen Beisitzer am Richtertisch, den Landgerichtsrat Krebs. Er bekundet lebhaftes Sympathie mit den Nazimördern. Bisher stellte er nur Fragen, die der Entlastung seiner Parteifreunde auf der Anklagebank dienen sollten.

Die Verhandlungen dürften noch etwa 2 Wochen in Anspruch nehmen.

SPD. Wieder steht eine Hetze gegen die Konsumvereine in Aussicht. Bereits in der letzten Sitzung des Steuerausschusses des Reichstages haben die Nazis den Antrag gestellt, die Ausnahmesteuer gegen die Konsumvereine und Warenhäuser auf das Doppelte zu erhöhen. Ganz offen hat ihr Wortführer, ein Karlsruher Rechtsanwalt Rupp zugegeben, dass dieser Antrag dem Ziel dienen soll, die Konsumvereine zu erdrosseln. Ob das für die Massen der minderbemittelten Bevölke-

ung: eine Verteuerung der Lebensmittel zur Folge habe, sei den Nationalsozialisten ganz gleichgültig.

Dieses Vorgehen der Nazis hat die Wirtschaftspartei zu neuen Taten ermuntert. Im allgemeinen ist es zwar um die Wirtschaftspartei sehr ruhig geworden, denn der Stank, der durch die Angriffe des Herrn Colosser gegen den Parteiführer Drewitz entstanden ist, hat die Wirtschaftspartei in einen Ameisenhaufen verwandelt und ihr jede Aktionsfähigkeit geraubt. Anscheinend um die Mitglieder von diesen inneren Zwistigkeiten abzuhalten, sucht man nun eine neue Hetze gegen die Konsumvereine zu entfesseln. So hat die Wirtschaftspartei jetzt im Reichstag den Antrag gestellt, die Umsatzsteuer für Warenhäuser und Konsumvereine weiter zu erhöhen und zwar nach folgender Staffel: Bei den Unternehmungen mit Umsätzen zwischen einer Million und zwei Millionen soll es bei dem bisherigen Satz von $13\frac{1}{2}$ vom Tausend bleiben, von über 2 Millionen bis 5 Millionen Reichsmark Gesamtumsatz soll die Umsatzsteuer auf 20 v.T., von über 5 Millionen bis 10 Millionen Reichsmark auf 30 v.T., von über 10 Millionen Reichsmark auf 40 v.T. erhöht werden.

Dadurch würde die Umsatzsteuer für grosse Konsumvereine auf die wahnwitzige Höhe von 4 % gebracht werden, also fast fünfmal so hoch sein wie für die Kleinhändler. Die Sozialdemokratie wird alles daran setzen, um diesen neuen Schlag der Feinde der konsumgenossenschaftlichen Selbsthilfe abzuwehren. Die werktätigen Massen, die auf eine Versorgung mit guten und billigen Lebensmitteln gerade in den jetzigen Zeiten der Lohnherabsetzung angewiesen sind, können aus dem Antrag der Wirtschaftspartei ersehen, dass Krämergeist und nationalistischer Wahnsinn gleichermassen daran arbeiten, die Selbsthilfeorganisationen der arbeitenden Volksmassen zu erdrosseln.

SPD. Lübeck, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Dem Gedanken der Reichsreform haben die sozialdemokratischen Bürgerschaftsfraktionen Hamburg und Lübeck einen impulsiven Anstoss gegeben. Sie regen einen Zusammenschluss der beiden Hansestädte und deren Aufgehen im "Land Hamburg-Lübeck" an. Der Zweck ist eine engere Verbindung des hanseatischen Wirtschaftsgebietes und ihrer die beiden Meere verbindenden Seehäfen.

Die von beiden Fraktionen einstimmig angenommenen Richtlinien besagen, dass sich Hamburg und Lübeck zu einem Lande vereinigen sollen, dem die Hamburger Landesverfassung zugrunde gelegt wird. Lübeck soll eine Stadtgemeinde mit Selbstverwaltung bilden und einen im Rahmen verfassungsrechtlicher Möglichkeiten festzusetzenden Anteil an Regierung und Behörden erhalten. Die Gesetzgebung und Zentralverwaltung sollen auf die Zuständigkeit des Landes übergehen; ebenso Polizei und Justiz.

Die Senate der beiden Stadt-Staaten hatten über einen Zusammenschluss von Hamburg und Lübeck schon längere Zeit Verhandlungen geführt, ohne jedoch zu einem Ziel zu gelangen.

SPD. Chemnitz, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

In einer Chemnitzer Druckerei ist folgendes nationalsozialistische Plakat fertiggestellt worden :

"Mobilmachung! Schwere Entscheidungen stehen bevor. Täglich fliesst in allen Gauen Deutschlands Blut. Die Bürgerkriegsorganisationen des Reichsbanners wollen am 22. d. M. ihre Mobilmachung beendet haben. Jeden Tag lesen wir von blutigen Ueberfällen der Kommunisten und Hörsing-Gardisten auf Nationalsozialisten. Freiwillige vor! Als erster Mobilmachungstag gilt der 10. Februar. Jetzt müssen alle um die Zukunft unseres Volkes besorgten Deutschen zusammenstehen! Es geht um die Freiheit unseres geliebten Vaterlandes. Darum rufen wir

alle deutschen Männer und Jünglinge auf: Sofort antreten zum SA-Dienst! Sofort melden, sofort einkleiden! Jahresklassen 1913 - 1917 Hitler-Jugend, 1896 - 1913 SA, alle vor 1896 Geborenen zur SA-Reserve! Hauptmeldestelle: Geschäftsstelle der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Ortsgruppe Chemnitz, Am Theaterplatz 4, II."

Dieser Alarm wird wahrscheinlich am Montag in Chemnitz und Umgebung verbreitet werden, es sei denn, dass sich bis dahin die Polizei seiner angenommen hat.

SPD. Dresden, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Zwischen der deutschen und der tschechischen Regierung ist ein Uebereinkommen über die gegenseitige Bekämpfung des Schmuggelwesens getroffen worden.

Das Uebereinkommen besagt, dass die Sicherheitsorgane des einen Teils künftig ermächtigt sind, bei Gefahr im Verzuge flüchtige Verbrecher oder andere für die öffentliche Sicherheit gefährliche Personen in das Grenzgebiet des anderen Teils hinein zu verfolgen und dort festzunehmen. Sie haben jeweils die nächsten Sicherheitsbehörden des anderen Teils zu verständigen und zur weiteren Verfolgung aufzufordern, soweit hierdurch nicht die Festnahme in Frage gestellt wird. Die festgenommenen sind unverzüglich der nächsten Sicherheits- oder Gerichtsbehörde des Landes, in dessen Gebiet sie festgenommen wurden, zu übergeben. Bei Gefahr im Verzuge sind die Sicherheitsorgane auch ermächtigt, im Grenzgebiet des anderen Teils Ermittlungen nach einem flüchtigen Verbrecher usw. vorzunehmen und seine Spur zu verfolgen. Die Sicherheitsbehörden des Landes sind unverzüglich zu verständigen und zur Hilfeleistung aufzufordern. Es können auch Zusammenkünfte der beiderseitigen Sicherheitsorgane veranstaltet werden. Den Einladungen der Grenzpolizeibehörde des einen Teils zur Vornahme gemeinschaftlicher Sicherheitspatrouillen ist von den Sicherheitsorganen des anderen Teils, soweit es der Dienst zulässt, bereitwilligst zu entsprechen. Dabei ist der Uebertritt über die Landesgrenze gestattet. Endlich werden noch Vereinbarungen über gegenseitige Hilfsmassnahmen bei Elementar-Ereignissen getroffen. In diesen Fällen sollen künftig Feuerwehr- und Sicherheitsorgane die Grenze auch in voller Dienstausrüstung überschreiten dürfen.

SPD. In der Landvolk-Fraktion des Reichstags kam es am Sonnabend zu heftigen Auseinandersetzungen.

Der Redner der Fraktion Döberich hatte im Verlauf der Debatte angekündigt, dass seine Fraktion für die Misstrauensvoten gegen das Gesamtkabinet stimmen würde. Der langjährige Freund des Ministers Treviranus, der Reichstagsabgeordnete von Schlange-Schöningen, stimmte dennoch gegen die Misstrauensvoten und gegen den kommunistischen Antrag auf Streichung der Gehälter des Reichskanzlers und des Ministers Treviranus. Die Folge waren heftige Angriffe gegen Schlange-Schöningen.

SPD. Halle, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Die gesamte kommunistische Presse Deutschlands bemüht sich tagtäglich, den Zusammenbruch des Konsumvereins Halle der Sozialdemokratie in die Schuhe zu schieben. Demgegenüber sei eine chronologische Darstellung des Halleschen Kommunistenblattes über die angebliche Zerschlagung des Konsumvereins veröffentlicht. Darin heisst es :

"Im Dezember 1930 sind durch Schaumburg und Konsorten vom April bis Dezember 600 000 Mark Spargelder aus dem Verein herausgezogen. Am 27. Dezember 1930 platzten für ca. 40 000 Mark Wechsel. Am 14. Januar 1931 drängte die All-

gemeine Ortskrankenkasse Halle mit sofortiger Zahlung von 24 000 Mark wegen rückständiger Beiträge oder Zwangsvollstreckung. Am 15. Januar 1931 meldete sich die Reichsversicherungsanstalt mit einem Betrage von 16 000 Mark rückständiger Beiträge, sonst Zwangsvollstreckung. Am 17. Januar 1931 meldete sich das Finanzamt und die städtische Steuerkasse zur Bezahlung von insgesamt 40 000 Mark rückständiger Steuern, sonst Zwangsvollstreckung. Am 18. Januar 1931 teilte die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine mit, dass bis 24. Januar die Hypothek von 400 000 Mark und weitere 8 000 Mark Zinsen bezahlt sein müssen, sonst Zwangsvollstreckung. Am 22. Januar 1931 meldete sich die Wehag zur Eintreibung von 18 000 Mark, wenn nicht, dann Strom, Licht, Kraft und Gas abgedreht."

Trotzdem werden die Kommunisten weiter behaupten, dass die SPD und nicht die kommunistischen Bankrotteure Koenen und Oettinger die 40 Jahre alte Konsumgenossenschaft zerstört haben.

SPD. Die Deutsche Volkspartei teilt mit :

"Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, hat dem Parteiführer der Deutschen Volkspartei, Abg. Dingeldey, offiziell von der Einbringung des Volksbegehrens zur Auflösung des Preussischen Landtags Mitteilung gemacht. Abg. Dingeldey hat darauf geantwortet, dass die Deutsche Volkspartei das Volksbegehren unterstützen werde."

Unterstützen kann man eine Sache so und so. Da die Kassen der Volkspartei ebenso leer sind wie die der Deutschnationalen, kann man sich ungefähr vorstellen, wie die Unterstützung des bisher noch nicht einmal zugelassenen Volksbegehrens der Volkspartei aussehen wird.

SPD. Warschau, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Am Sonnabend-Morgen ereignete sich auf dem Bahnhof in Krakau ein schweres Eisenbahnunglück. Ein aus Warschau kommender Schnellzug fuhr infolge falscher Weichenstellung in voller Fahrt in den ausfahrenden Zug Kattowitz-Berlin. Sechs Personen wurden auf der Stelle getötet, darunter der Lokomotivführer und Heizer des ausfahrenden Zuges sowie zwei Postbeamte. 32 Personen wurden zum Teil sehr schwer verletzt.

Der an der Katastrophe unmittelbar schuldige Vertreter des Stationsvorstehers wurde verhaftet.

SPD. Der Preussische Minister des Innern hat an den Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten, ein Schreiben gerichtet, in dem er die Zulassung des Stahlhelm-Volksbegehrens bis auf weiteres ablehnt. Severing hat diese Stellungnahme zu dem Antrag des Stahlhelms in einem längeren Schreiben begründet, dem wir folgendes entnehmen :

"Dem Antrage des "Stahlhelm" Bund der Frontsoldaten e.V., die Listenauslegung für ein Volksbegehren zuzulassen, das auf Auflösung des Preussischen Landtages gerichtet ist, vermag ich zurzeit nicht zu entsprechen. Der Antrag trägt nicht die Unterschrift von 20 000 Stimmberechtigten. Infolgedessen müsste der Vorstand der antragstellenden Vereinigung "Stahlhelm" nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksbegehren und Volksentscheiden vom 8.1.1926 glaubhaft machen, dass 100 000 der stimmberechtigten Mitglieder des "Stahlhelm" den Antrag unterstützen. Auf seine Satzung kann sich der "Stahlhelm" nicht berufen. Sie lässt nach keiner Richtung erkennen, dass der "Stahlhelm" die Auflösung des Preussischen Landtages zu seinem Ziele gemacht hat.

Die Berufung auf den Beschluss des Stahlhelm-Vorstandes vom 4.10.1930 und die zu ihm angeblich erfolgte Zustimmung von 140 000 Mitgliedern auf dem Stahlhelm-Tag in Koblenz am 5.10.1930 greift nicht durch. Es steht keineswegs fest, dass die Teilnehmer an der Koblenzer Tagung tatsächlich einem auf Landtagsauflösung gerichteten Volksbegehren ihre Zustimmung geben wollten. Im Übrigen ist die Angabe, dass an der Stahlhelm-Tagung 140 000 stimmberechtigte Staatsbürger teilgenommen hatten, keinesfalls glaubhaft gemacht. Nach zuverlässigen amtlichen Feststellungen hat die Zahl der Teilnehmer an dem Stahlhelm-Tag höchstens etwa 70 000 betragen. Eine verhältnismässig sehr hohe Zahl der Teilnehmer waren Angehörige des "Jungstahlhelm". Von den teilnehmenden Mitgliedern des "Jungstahlhelm" ist etwa die Hälfte nicht stimmberechtigt gewesen. Hierzu kommt die Tatsache, dass an der Koblenzer Tagung nicht nur preussische Staatsbürger, sondern auch Staatsbürger anderer deutscher Länder und sogar noch Ausländer, z.B. eine Abordnung von Faschisten aus Italien teilgenommen haben.

Ebenso wenig kann eine genügende Glaubhaftmachung aus der Mitgliederzahl des "Stahlhelm" entnommen werden, selbst wenn diese 100 000 weit überschreitet. Der "Stahlhelm" kann nicht einer politischen Partei gleichgeachtet werden, deren Mitgliederzahl bei den Wahlen ohne weiteres in Erscheinung tritt, und bei der unterstellt werden kann, dass die Mitglieder einen einheitlich gerichteten politischen Willen haben. Nach seiner eigenen Satzung ist der "Stahlhelm" ein Bund, der alle Frontsoldaten ohne Rücksicht auf Stand, Partei und Bildung umfassen will.

Aus diesen Erwägungen kann ich die nach § 2 Abs. 2 des Gesetzes vom 8. Januar 1926 vorgeschriebene Glaubhaftmachung bisher nicht als erfolgt ansehen. Gemäss § 5 der Landesabstimmungsordnung vom 23. Januar 1926 setze ich hiernach zur Beibringung einer weiteren und ausreichenden Glaubhaftmachung eine Frist von 2 Monaten mit der in der Landesabstimmungsordnung vorgeschriebenen Androhung, dass nach deren erfolglosem Ablauf die Ablehnung des Antrages erfolgen wird. Falls der "Stahlhelm" nicht in der Lage ist, eine den gesetzlichen Vorschriften entsprechende Glaubhaftmachung für den Antrag seines Vorstandes beizubringen, muss es ihm überlassen bleiben, einen neuen von 20 000 Stimmberechtigten unterschriebenen Antrag nach § 2 Abs. 1 des Gesetzes in der in den §§ 1 - 3 der Landesabstimmungsordnung vorgesehenen Form vorzulegen.

SPD. Warschau, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

In dem zweiten Hochverratsprozess gegen 5 Warschauer Sozialisten erlitt einer der Entlastungszeugen, der greise Abgeordnete Korenfeld, während der Vernehmung einen Herzschlag. Er sank tot zu Boden. Die angeklagte Pazifistin Dr. Budzynska-Tylicka brach während der Verhandlung ohnmächtig zusammen, sodass sie aus dem Saal getragen werden musste. Angeklagte und Zeugen führen die tragischen Zwischenfälle auf die Verhandlungsweise des Vorsitzenden zurück, der ausserordentlich parteiisch verfährt, sodass die Verteidiger seine Ausschaltung beantragten. Das Gericht lehnte diesen Antrag jedoch ab.

Die Zwischenfälle haben mehrere oppositionelle Abgeordnete veranlasst, im Sejm die Abänderung einiger Paragraphen der polnischen Gerichtsgesetzgebung zu fordern. Die Anträge bezwecken vor allem, in Zukunft die Ernennung ungeeigneter Personen zu Richtern unmöglich zu machen.

SPD. In der Privatklegesache des preussischen Landtagsabgeordneten Kuttner gegen den Verlag J. F. Lehmann in München wegen des Moritzschen Pamphlets "Gefesselte Justiz" erliess die 18. Zivilkammer des Landgerichts I Berlin am Sonnabend nach einstündiger Beratung eine einstweilige Verfügung, die dem Antrag des Klägers in allen Punkten stattgibt. Danach wird dem Verlag J.F.

Lehmann bei Festsetzung einer Strafe von 500 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, die in dem Zarnowschen Buch gegen Kuttner enthaltenen Verleumdungen, die in acht Punkten aufgeführt werden, weiter zu verbreiten. Ferner wird der beklagte Verlag verurteilt, sämtliche Exemplare des Buches, soweit sie die angeführten beleidigenden Behauptungen enthalten, zu Händen eines Gerichtsvollziehers herauszugeben. Ferner hat der Verlag Lehmann die Kosten des Verfahrens zu tragen.

In der kurzen mündlichen Begründung, die der Vorsitzende der Kammer, Landgerichtsdirektor Herzog, gab - eine ausführliche schriftliche Begründung soll folgen - wird der ehrenrührige Charakter sämtlicher acht inkriminierter Behauptungen festgestellt.

SPD. Hamburg, 7. Februar (Eig. Drahtb.)

Der nationalsozialistische Abgeordnete des Preussischen Landtags Kube erklärte in Altona in einer öffentlichen Versammlung zu dem vom Stahlhelm beabsichtigten Volksbegehren gegen Preussen, dass seine Partei sich das Gesetz des Handelns nicht vorschreiben lasse. Der Zeitpunkt für den Vorstoss in Preussen werde nicht vom Stahlhelm, sondern von Hitler bestimmt.

SPD. Vor dem Arbeitsgericht Berlin schwebt zur Zeit ein interessanter Prozess, in dessen Mittelpunkt Reichsminister Treviranus steht.

Friedrich Schmidt, ein junger Monteur aus Potsdam, entschloss sich vor knapp drei Jahren zur Auswanderung nach Polen. Monatlang hatte er sich in Deutschland vergeblich um Arbeit bemüht. Er hatte insofern Glück, als er in Warschau recht bald eine günstige Anstellung erhielt, die es ihm ermöglichte, endlich wieder in geordneten Verhältnissen zu leben. Es schien auch alles in bester Ordnung - bis Treviranus an die Adresse Polens Anklagereden richtete. Die polnische Unternehmerschaft antwortete mit Massenentlassungen deutscher Arbeiter und Angestellten. Davon wurde auch der Monteur Schmidt betroffen, der nunmehr vor dem Berliner Arbeitsgericht gegen Treviranus Schadensersatzklage angestrengt hat und zwar gegen den Abgeordneten und nicht den Reichsminister Treviranus. Reden und Ausführungen von Reichsministern sind sozusagen Hoheitsakte, die nicht vor Gericht belangt werden können. Aus diesem Grunde hat Schmidt, der sehr gut beraten zu sein scheint, seine Klage gegen den Abgeordneten Treviranus angestrengt. Der Beklagte bestreitet, dass zwischen der Entlassung des Klägers und seinen Reden ein Zusammenhang bestehe, er betont ferner, dass er Reichsminister und Abgeordneter in einer Person ist und als solche auch seine Reden halte.

Der Fall wurde zur endgültigen Entscheidung von dem Einzelrichter an die Kammer verwiesen. Das Urteil ist kaum zweifelhaft. Es dürfte in der Abweisung der Klage bestehen.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören)

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Reichstags-Stimmungsbild.

SPD. Der Reichstag lehnte am Sonnabend-Nachmittag die Misstrauensanträge der Nationalsozialisten und Kommunisten gegen die Reichsregierung mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Enthaltungen ab. Der nationalsozialistische Antrag auf Auflösung des Reichstags wurde mit 308 gegen 207 Stimmen abgelehnt.

Trotz der kriegerischen Ankündigungen der Nationalsozialisten begann die Sonnabend-Sitzung des Reichstages recht friedlich. Die Opposition unternahm zunächst einen Vorstoss auf Absetzung des Antrages von der Tagesordnung, der die dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesenen Anträge auf Aufhebung der Immunität in das Plenum zurückziehen will, also die sofortige Plenarentscheidung ohne Ausschussberatung beabsichtigt. Präsident Löbe empfahl dem Hause, diesem Antrag auf Zurückstellung zuzustimmen. Das Haus entschied entsprechend, da es gleichgültig ist, ob die Entscheidung über die Aufhebung der Immunität sofort oder einige Tage später fällt. Damit war der Luftstoss der vereinten Rechts- und Linksradikalen: Frick, Hugenberg, Thälmann erledigt.

In der fortgesetzten Aussprache über den Etat der Reichskanzlei rasselte der Abgeordnete der Jungdeutschen Bornemann mit den Nationalsozialisten zusammen. Er rechtfertigte die Einengung der Immunität. Die parlamentarische Immunität sei eingeführt worden als Schutz gegen absolutistische Fürsten, die das Parlament und die Parlamentarier durch Strafprozesse lahmlegen wollten. Jetzt aber werde die Immunität von zahlreichen Abgeordneten missbraucht gegen die eigenen Volksgenossen. Im Interesse des Volkes müsse die Immunität eingeschränkt werden, um Verleumder vor Gericht zur Verantwortung ziehen zu können.

Der Wirtschaftsparteiler Lucke und der Landvolkfürher Döbrich bewiesen in Ausführungen über den Marxismus wieder einmal, dass zahlreiche Leute über den Marxismus reden, ohne die Spur einer Ahnung von marxistischen Lehren zu haben. Der deutschnationale Fraktionsführer Oberfohren hielt eine kurze, aber überspitzt scharfe Rede gegen den Reichskanzler. Er wehrte sich dagegen, dass Hugenberg eine neue Inflation wolle, wie der Kanzler behauptet habe. Oberfohrens Fragen, die er dem Kanzler vorlegte, verpufften, da der Reichskanzler es nicht für nötig hielt, ihn und die nächste deutschnationale Rede, nämlich die des Abgeordneten Dr. Kleiner, anzuhören. Kleiner überbot sich an Kraftworten gegen den Reichskanzler Dr. Brüning. Die Linke beobachtete mit Behagen, wie die Kluft zwischen Mitte und Rechts sich vertieft.

Auch zwischen Abgeordneten der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei kam es zu Auftritten, die nahe an Tätlichkeiten grenzten. Der volksparteiliche Abgeordnete Dr. Schneider rief dem deutschnationalen Abgeordneten Dr. Quatz zu: "Das wagen Sie nur zu sagen, weil Sie wissen, dass man Sie hier nicht züchtigen kann!" Präsident Löbe musste wiederholt seine ganze präsidiale Kunst aufwenden, um die Abgeordneten in den Sektoren der bürgerlichen Fraktionen zu beruhigen.

Als das Misstrauensvotum gegen die Regierung abgelehnt war, beantragte Hug. Esser (Ztr) zu dem weiter vorliegenden Misstrauensantrag gegen den Reichsminister Treviranus Uebergang zur Tagesordnung. Dieser Antrag wurde mit 318 gegen 207 Stimmen angenommen. Die Nazis kreischen, von den grosspurig angekündigten Kriegstänzen ist jedoch immer noch nichts zu verspüren. Bald zeigt sich, dass ihnen überhaupt jede Fähigkeit zur Entwicklung einer parlamentarischen Obstruktion fehlt. Zunächst verlangt der Nationalsozialist Stöhr die Unterbrechung der Sitzung, damit der Ältestenrat sich darüber schlüssig werde, ob wirklich schon am Montag die aussenpolitische Debatte auf die Tagesordnung kommen solle, wie es einige Blätter angekündigt haben. Der Ältestenrat habe diese Aussprache für Dienstag in Aussicht genommen. Löbe beruhigt seinen Prä-

sidialkollegen väterlich mit dem Hinweis, dass es selbstverständlich bei dem Beschluss des Ältestenrats bleibe und daher eine neue Sitzung des Ältestenrates nicht notwendig sei. Unter grossem, allgemeinem Gelächter des Hauses zieht sich Herr Stöhr auf seinen Platz zurück. Nun enthüllt sich die weitere Obstruktionsabsicht der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen sie beantragen bei jedem Haushaltstitel namentliche Abstimmung. Da der gesamte Reichshaushalt viele tausende Titel und Kapitel hat und jede namentliche Abstimmung etwa 20 Minuten in Anspruch nimmt, kann man sich leicht ausrechnen, dass allein die namentlichen Abstimmungen für den Haushalt Monate in Anspruch nehmen würden. Einige Male lässt sich die Mehrheit dieses Manöver gefallen. Dann steigt der Zentrumsabgeordnete und Vizepräsident Esser auf die Tribüne. Rechts und links wird er mit vielen Rufen: "Schieber!" "Schiebung" empfangen. Er sagt: Da die Opposition alle geschäftsordnungsmässigen Mittel anwendet, um die parlamentarische Verabschiedung des Reichshaushalts zu verhindern, wird die zur positiven Arbeit gewillte Mehrheit auch zu allen geschäftsordnungsmässigen Mitteln greifen. Esser beantragt daher, gemäss § 42 der Geschäftsordnung über alle Titel der vorliegenden Haushalte, des Reichskanzlers und des Reichspräsidenten gemeinsam abzustimmen. Ferner beantragt er Uebergang zur Tagesordnung über alle zu diesen Haushalten gestellten Abänderungsanträge. Der Uebergang zur Tagesordnung wird mit 301 gegen 280 Stimmen beschlossen. Während der Auszählung kommt es zu stürmischen Auftritten zwischen nationalsozialisten und Zentrumsabgeordneten sowie Bayerischen Volksparteilern. Der Prälat Leicht wird zur Ordnung gerufen, weil er einem Nationalsozialisten bajuvarisch zugerufen hat: "Halten Sie's Maul!" Die nationalsozialistischen Dreistigkeiten erschüttern also sogar die Nervenruhe von Prälaten.

Es gibt dann noch wiederholt Geschäftsordnungsdebatten, aber man merkt, dass weder die Nationalsozialisten noch die Kommunisten, noch die mit ihnen verbündeten Deutschnationalen an einen Erfolg ihrer Aktionen glauben. Schliesslich versucht der Reichstagspräsident die Erregung zu glätten, indem er zugesteht, dass ein Notwehrakt zugunsten der Arbeitsfähigkeit des Parlaments vorliege. Wenn die Opposition über jeden der mehr als zehntausend Titel des Haushalts namentliche Abstimmung beantrage, wie sie es jetzt versuche, so zeige das dass sie die Erledigung des Haushalts verhindern wille. Es sei klar, dass dagegen Abwehrmassnahmen getroffen werden müssten. Die jetzt vorgeschlagenen Notwehrmassnahmen ständen in keinem Widerspruch zur Geschäftsordnung. Er hoffe aber, dass später beide Teile von ihrem jetzigen Standpunkt zurückkommen würden.

Es wird dann die namentliche Abstimmung, Uebergang zur Tagesordnung über alle Abänderungsanträge und die Annahme der beiden genannten Haushaltspläne beschlossen. Es zeigt sich dabei, dass der Block der Obstruktion immer mehr abbröckelt und schliesslich sogar einmal die Nationalsozialisten aus dem Obstruktionsblock ausbrechen. Noch einmal gibt es eine lebhafte Debatte, als die Kommunisten beantragen, von der Tagesordnung der Montagsitzung die Anträge abzusetzen, die sich mit der Einschränkung der Immunität und der sonstigen Veränderung der Geschäftsordnung beschäftigen. Obwohl Deutschnationale und Nationalsozialisten die Kommunisten lebhaft unterstützen, entscheidet sich eine grosse Mehrheit für die Beibehaltung der vom Präsidenten für Montag vorgeschlagenen Tagesordnung. Ob nun die Nationalsozialisten und die mit ihnen verbündeten Kommunisten die am Sonnabend nicht verwirklichten Drohungen am Montag wahrmachen und grosse Störungen verursachen, bleibt abzuwarten. Mehr und mehr drängt im Reichstag die Auffassung durch, dass sich eine positive Mehrheit zur Verabschiedung des Haushaltsplanes und der notwendigen Gesetze findet. Das würde bedeuten, dass die Nationalsozialisten nicht nur endgültig den illegalen Weg zur Machtergreifung preisgeben müssen, sondern dass sie auch auf legalem Wege vor eine unübersteigbare Mauer gestellt werden.

Aus aller Welt

Verleumder am Pranger!

Der "Landesverratsskandal" Crozier=Desgranges - Eine neue rechtsradikale Hetze kläglich zusammen gebrochen.

SPD. In dem Prozess der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Dittmann und Crispian gegen die Redakteure des "Hildburghäuser Kreisblattes" und der "Dorfzeitung" wurde der Redakteur der "Dorfzeitung", der den Wahrheitsbeweis für den unglaublichen Vorwurf antreten sollte, die Sozialdemokratie habe während des Krieges Landesverrat getrieben, im zweiten Termin zur Abgabe einer Ehrenerklärung verpflichtet.

Hilles Erzählungen.

Wieder einmal hat die Reaktion eine schwere Niederlage erlitten. "Verleumder nur ruhig drauf los, etwas bleibt sicher 'hängen'!" Nach dieser Methode haben die Redakteure des "Hildburghäuser Kreisblattes" und der dortigen "Dorfzeitung" gehandelt. Die tapferen Verantwortlichen dieser "Weltblätter" brachten am 13. Juli 1930 einen mit vielen gruseligen Details gespickten Bericht über eine Naziversammlung in Hildburghausen, in der ein besonders tüchtiger Pädagoge, ein Studienrat namens Hille, behauptet hatte, dass die Sozialdemokratie im Krieg bewusst Landesverrat getrieben hätte. Das sei zu beweisen durch den französischen Offiziersspion Crozier=Desgranges, der die intimsten Beziehungen zu Dittmann und Crispian, den Reichstagsabgeordneten der USP unterhalten habe. Mit französischen Francs habe man die Revolution vom November 1918 "gemacht". Die Wiedergabe dieser Behauptungen geschah kritiklos.

"Dorfzeitung" und Franzosenspion.

Schon die erste Phase des Prozesses am 20. Dezember 1930 unter dem Vorsitz des Einzelrichters im Amtsgericht Berlin=Mitte, Dr. Bues, hatte zu einem Zerberöckeln der Verleumderfront geführt. Der Redakteur des "Kreisblattes", dem das Herz in die Hosen gefallen war, hatte in diesem ersten Termin erklärt, dass er entschieden bedauere, die schmierigen Verleumdungen des Nazi=Agitators Hille weiter getragen zu haben und von ihnen abrücke. Er habe sich überzeugt, dass in dem von Herrn Hille zitierten Kriegserinnerungsbuch des Crozier=Desgranges in keinem Falle Beziehungen zwischen den angegriffenen Reichstagsabgeordneten und ihm selbst auch nur angedeutet oder gar behauptet würden. Der Verantwortliche der "Dorfzeitung" aber, Adelman von Kopf bis Fuss, setzte sich auf das hohe Pferd und rief mit melodramatischer Stimme in den Verhandlungssaal hinein, dass es ihm ein Leichtes wäre, den Wahrheitsbeweis für das Gewäsch des Studienrats Hille zu erbringen. Er bat, den französischen Spion als Kronzeugen zu laden und die Vernehmung eines anderen dunklen Ehrenmannes anzuordnen, der sowohl im englischen als auch im deutschen Nachrichtendienst tätig gewesen war, und in krimineller Beziehung ein Mann von sehr bewegter Vergangenheit ist.

"Ich habe mich wirklich geschämt...!"

Aber der Ritter von der "Dorfzeitung" hielt nicht durch. Und so erlebte man in der Verhandlung am 7. Februar das klägliche Schauspiel, dass der Reinger mit dem Wahrheitsbeweis in der Tasche und dem französischen Spion an der deutschen Manneshand wie ein Taschenmesser zusammenknickte. Der Abwalt des "Dorfzeitungs"=Redakteurs wollte im neuen Termin die gleiche Erklärung abgeben, die seinerzeit den Mann vom "Hildburghäuser Kreisblatt" gerettet hatte; aber zum Antreten dieses "geordneten Rückzugs" war es nunmehr zu spät. Nachdem der Abgeordnete Landsberg, der Vertreter der Kläger Dittmann und Crispian, eine viel schärfer und präziser formulierte Erklärung gefordert hatte, nahm sich der Vorsitzende diese deutschen Männer gründlich vor. Er stellte fest, dass das an=

gezogene Buch des französischen Spions so unwahrscheinlich, phantastisch und widerspruchsvoll angelegt sei, dass es ihm ganz unfassbar erscheine, wie intelligente Menschen derart konfuses Zeug überhaupt ernst nehmen können. Amtsgerichtsrat Bues hatte bei Crozier=Desgranges angefragt, ob er sich bereit erkläre, vor einem deutschen Gericht über den zur Verhandlung stehenden Gegenstand auszusagen. Crozier=Desgranges erteilte den völkischen Verleumdern eine Art Anstandslektion, indem er zur Antwort gab, er verstehe überhaupt nicht, wie ein Deutscher sich der Hoffnung hingeben könne, dass er als Franzose über die in sein Buch geschilderten Dinge vor deutschen Gerichten Bekundungen machen werde. Zu diesem Brief des französischen Spions erklärte der Vorsitzende: "Ich muss sagen, als ich diesen Brief erhielt, habe ich mich wirklich geschämt..."

Der Verleumdersumpf muss blossgelegt werden!

Der Abg. Dittmann zeigte in scharfen Worten die systematische Verleumdungstaktik der Nazis auf, die unter schmächtigstem Missbrauch immuner Möglichkeiten alle Politiker der Linken mit einer Flut von Lügen und Schmähungen zu überschütten pflegen. Die Quelle der üblen Lügen sei der "Völkische Beobachter" es genüge nicht, die weniger gerissenen und raffinierten Puppen am Kragen zu fassen, man müsse auch die Hintermänner feststellen, um so den Sumpf blozulegen. Schon aus diesem Grund lege er dringend Wert darauf, dass in der Ehrenerklärung, die der kneifende Dorfzeitungs=Mann abzugeben habe, die Schuld des "Völkischen Beobachters" festgenagelt werde.

Gnade vor Recht?

Die Ehrenerklärung, die die Privatkläger sodann dem Gericht vorlegten, und die der Verantwortliche der "Dorfzeitung" bedingungslos anzunehmen hat, wenn er mit Gnade vor Recht rechnen will, hat folgenden Wortlaut:

"Ich bedaure, durch die Rede des nationalsozialistischen Studienrats Hille in Nr. 136 der "Dorfzeitung" vom 13. Juli 1930 eine Verleumdung der Reichstagsabgeordneten Dittmann und Crispian verbreitet zu haben. Ich habe mich überzeugt, dass in den Aufsätzen des "Matin", auf die Studienrat Hille sich in seiner Rede berufen hat, nirgends behauptet wird, dass die Abgeordneten Crispian und Dittmann mit dem französischen Spionsoffizier Crozier=Desgranges während des Krieges in irgend welchen Beziehungen gestanden hätten. Ich habe mich ferner überzeugt, dass in diesen Aufsätzen und in dem ihnen zugrunde liegenden Buche des Crozier=Desgranges "In geheimer Mission beim Feinde" die Namen der Abgeordneten Crispian und Dittmann überhaupt nicht genannt wurden. Auch Studienrat Hille hat mir auf wiederholte Anfrage keinerlei Beweis dafür erbringen können, dass er die Beschuldigungen gegen die beiden Abgeordneten zu Recht erhoben hat. Der Verteidiger des Herrn Hille in der gegen diesen beim Amtsgericht Meiningen anhängigen Strafsache, Herr Rechtsanwalt Reichstagsabgeordneter Frank II in München, sowie die Redaktion des "Völkischen Beobachters" in München, die zuerst die Namen Crispian und Dittmann in einem juristisch nicht fassbaren Zusammenhange mit dem französischen Spion genannt hatte, haben mir gleichfalls keinerlei Beweis für die Beschuldigung zu erbringen vermocht. Ich gebe weiter zu, dass das Buch Crozier=Desgranges's offenbare Lügen enthält und keinerlei Beweiskraft besitzt. Nach alledem nehme ich die in meinem Bericht enthaltenen Verleumdungen gegen die Abgeordneten Crispian und Dittmann mit dem Ausdruck des Bedauerns zurück".

Die Erklärung enthält weiter die Verpflichtung, 100 Mark Busse an das Berliner Armenamt zu zahlen, sowie die bindende Zusicherung, die Erklärung auf eigene Kosten in einer Anzahl Zeitungen, u.a. der "Deutschen Zeitung" und dem "Völkischen Beobachter" zu veröffentlichen. Der Einzeltichter gewährte dem Beklagten eine Entscheidungsfrist von zehn Tagen. Nimmt der geschlagene Ritter von der "Dorfzeitung" diese Bedingungen nicht ausnahmslos an, so wird er vor Gericht büßen müssen. Eins jedenfalls ist klar: die skrupellosen rechtsradikalen Verleumder sind um eine neue schwere Blamage reicher.

+ + +

Finnensiege bei der Arbeiter-Olympiade. Am zweiten Tage der Internationalen Arbeiter-Wintersport-Olympiade starteten beim Langlauf über 4 km 33 Sportlerinnen. Den ersten Platz besetzten Frau Lahtinen-Finnland mit 12.5 Minuten. Beim Abfahrtlauf über 10 km siegte der Deutsche Manhardt mit 24.04, Zweiter war der Oesterreicher Werner mit 25.25. Es folgten die Deutschen Eisberger, Weinberger und Strasse; die Finnen waren ferngeblieben. Beim Eisschnellaufen holten sich die Finnen die ersten Plätze über 500 und 5 000 m. Ueber 500 m siegten Virtanen mit 48.04 und Pihl mit 49.04. Beim 5 000 m-Lauf siegten Pihl und Virtanen; der erste mit 9.32, der zweite mit 9.36. Im Kunstlaufen siegte im Einzellauf der Frauen die Wienerin Gönner mit 63.3 Punkten. Bei einem Eishockeyspiel Deutschland:Oesterreich war Oesterreich Sieger mit 4:0. Im zweiten Eishockeyspiel, das aber nicht zur Olympiade-Konkurrenz gehörte, schlug Lettland eine zweite österreichische Mannschaft mit 8:1.

+ + +
Vertauscht oder nicht? Die Untersuchung des Blutes der vor elf Jahren im Gladbacher Wöchnerinnen-Heim angeblich vertauschten Kinder hat ergeben, dass die Väter und Mütter der Kinder das gleiche Blut haben. Die Untersuchung ist also ergebnislos verlaufen. Nachprüfungen und Messungen anderer Sachverständiger haben auch nicht die Ueberzeugung erbracht, dass eine Verwechslung der Kinder anzunehmen sei. Die Familie Beuth aus Gladbach hat nunmehr die Feststellungsklage eingereicht und will weitere Gutachten einfordern.

+ + +
Geständnis des Kinomörders. Der Kinomord in Berlin-Neukölln hat nunmehr seine Aufklärung gefunden. Der seit mehreren Tagen verhaftete und der Tat dringend verdächtige Artist Urban gestand nach neunstündigem dramatischem Verhör, den Geschäftsführer des Mercedes-Palastes Schmöller erschossen zu haben. Tagelang hatte Urban die Tat geleugnet und fast schien es den Beamten der Kriminalpolizei, als ob man seinem raffinierten Alibibeweis Glauben schenken müsse. Das entscheidende Indiz, dem gegenüber Urban sich schliesslich wehrlos sah, waren die amerikanischen Patronenhülsen, die man am Tatort gefunden hatte. Durch die Aussage des Leiters einer Artistengruppe wurde festgestellt, dass Urban den zu der Mordtat benutzten, allerdings nicht mehr auffindbaren Revolver und die in Deutschland noch seltenen Patronen kürzlich aus Amerika mitgebracht hatte.

Im übrigen behauptet Urban, dass Schmöller das Opfer einer Verwechslung sei. Angeblich hatte er geglaubt, den früher im Mercedes-Palast tätigen Kassierer Silbermann anzutreffen. Ihn habe er durch Faustschläge niederstrecken wollen um die Gelder der Abendkasse zu rauben. Als er jedoch die Tür des Zimmers des Geschäftsführers geöffnet habe, habe er sich plötzlich einem wildfremden Menschen gegenüber gesehen. Da habe er zur Waffe gegriffen und den Fremden niedergeschossen. Dass er Geld genommen habe weiss er nicht mehr. Sofort nach dem Schuss auf Schmöller habe er die Flucht ergriffen.

Tatsächlich aber lassen viele Einzelheiten der Tat auf vorsätzlichen Mord schliessen. Allem Anschein nach beging der Artist die Tat, um seiner Braut gegenüber, die er eigentlich am Sonnabend, dem Tage des Geständnisses, heiraten wollte, nicht als vermögensloser Mann dazustehen. Nach dem Geständnis Urbans wurde auf seinen Wunsch die Braut zu ihm geführt; sie versicherte ihm unter Tränen, dass sie auch jetzt nicht von ihm lassen werde.

+ + +
Grossfeuer in Paris. In den frühen Morgenstunden des Sonnabend brach in einem Pariser Arbeiterviertel ein Grossfeuer aus, das sich mit riesiger Geschwindigkeit ausbreitete. Mehrere Häuser brannten nieder; fünf stürzten ein. Viele Arbeiterfamilien wurden obdachlos.

Gewerkschaftliche Rundschau ✘

Lieb Vaterland, ade....

SPD. Die Arbeitgeber haben wieder einmal ihr deutsches Herz entdeckt. Kummervoll stellt ihre Presse fest, dass die Abwanderung der Arbeitskräfte nach dem Ausland bedenklich zunimmt. Das klingt zunächst etwas merkwürdig, weil jeden Tag aus allen möglichen Ländern Sperrmassnahmen gegen die Zuwanderung arbeitsuchender Ausländer gemeldet werden. Allein diese allgemeinen Absperrmassnahmen ändern nichts an der Tatsache, dass nach wie vor qualifizierte Facharbeiter in verschiedenen Ländern gesucht sind. Das gilt vor allem für die Textilindustrie. So schreibt "Die Deutsche Arbeitgeberzeitung", dass unter den europäischen Ländern vor allem Frankreich durch Anzeigen in Lokalblättern der Textilbezirke und durch Entsendung von Agenten deutsche Meister und andere Facharbeiter der Textilindustrie an sich zu ziehen suche. Auf ähnliche Bemühungen stosse man bei anderen europäischen Ländern, besonders auf dem Balken, wo die Türkei, Griechenland, Bulgarien und Rumänien mit Werbungen zur Hand seien. Dann aber würden namentlich auch von Ueberseegebieten fortgesetzt Engagements vorgenommen. Brasilien, Argentinien, ja selbst Nordamerika und andererseits auch die aufstrebende Textilindustrie von Japan, China und Indien zögen fortgesetzt Textilkräfte ab.

"Fast in allen Textilbezirken Deutschlands", betont das Arbeitgeberblatt, "kann man infolgedessen schon eine stärkere Abwanderung von Textilkräften feststellen. Sie tritt besonders in den Grenzbezirken Badens und Württembergs hervor, wo selbst die französischen Werbungen am stärksten sind, dann aber auch in Rheinland-Westfalen und Sachsen, woher das Ausland vor allem die besseren Fachkräfte zu holen sucht. Das Wuppertal, aber auch die Chemnitzer und Plauerer Industrien beginnen dies schon deutlich zu verspüren."

Mit sentimentalem Lamento, wie es die Arbeitgeberpresse anschlägt, wird die Abwanderung qualifizierter Arbeitskräfte aus Deutschland nicht verhindert werden können. Der Hinweis, dass das Ausland die deutschen Fachkräfte nur ausnutzen wolle und in dem Augenblick wieder abschiebe, wo es gelungen sei, mit ihrer Hilfe Einheimische anzulernen, kann gegenüber Leuten, die dem Arbeitslosenelend entfliehen wollen, nicht verfangen. Gerade der Facharbeiter, der in seinem Beruf etwas gelernt hat, leidet ganz besonders unter dem materiellen und psychischen Druck der Arbeitslosigkeit. Er hält das zwangsweise Nichtstun einfach nicht aus. Er braucht und sucht Betätigung, und bietet sie ihm das teure Vaterland nicht, dann geht er eben dorthin, wo für ihn noch anständig bezahlte Arbeit vorhanden ist.

Darüber müssen sich die deutschen Arbeitgeber klar werden: gelingt es nicht, die Massenarbeitslosigkeit einzudämmen, dann wird Deutschland, weil sich wahrscheinlich im Ausland die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt schneller als bei uns bessern werden, einen empfindlichen Verlust qualifizierter Arbeitskräfte zu verzeichnen haben. Es hat eben im Leben alles zwei Seiten - auch die Arbeitslosenfrage für die Herren Unternehmer. Zur Zeit ist es für sie sehr bequem, unter dem Druck der riesigen Reservearmee auf dem Arbeitsmarkt den deutschen Arbeiter lohn- und sozialpolitisch zu drangsalieren. Am Ende dieser Menschenquälerei steht jedoch verschärfte Konkurrenz des Auslandes. Die aus dem lieben Vaterland fortgeekelten Facharbeiter werden draussen in der

Welt die Konkurrenz hochbringen. Dann können die deutschen Arbeitgeber wieder unter Hinweis auf diese verstärkte Konkurrenz des Auslandes noch schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen für den deutschen Arbeiter fordern. Es ist der Fluch der bösen Tat, dass sie fortzeugend Böses muss gebären...

SPD. Die Nationalsozialisten haben von ihrer Parteileitung die Anweisung, ihre parteipolitische Wühlarbeit in den Gewerkschaften unter Berufung auf deren politische Neutralität durchzuführen. "Jeder Arbeiter und Angestellte", so heisst es in den Richtlinien der NSDAP für die Betriebsfunktionäre, "kann und soll in seiner Gewerkschaft bleiben (auch in den freien), soweit er überhaupt organisiert ist... Keine Gewerkschaft darf ihn, weil er Nationalsozialist ist, hinauswerfen. Gewerkschafts- und NSDAP-Mitgliedschaft schliessen einander nicht aus."

Mit der neuen Anweisung an ihre Betriebsvertrauensmänner, Entlassungen von Verteidigern der Erfüllungspolitik oder von Mitgliedern der Jungparteien zu fördern, hat die NSDAP das Recht, sich auf die politische Neutralität der deutschen Gewerkschaften zu berufen, verwirkt. "Das Gesetz der politischen Neutralität", betont die Gewerkschaftszeitung, das Organ des ADGB, "schützt nur den, der seinerseits achtet."

SPD. Der Reichswehrminister hat vor einigen Tagen an seine nachgeordneten Dienststellen eine Rundverfügung ergehen lassen, wonach Arbeitnehmer, die das 65. Lebensjahr überschritten haben, aus dem Dienstverhältnis zu entlassen sind. Ausnahmen sollen nur in ganz besonders gelagerten Fällen gestattet werden, wobei stets die Genehmigung des Reichswehrministeriums eingeholt werden muss. Im Hinblick auf die furchtbare Arbeitslosigkeit wird man diese Massnahme nur begrüssen können, zumal für den grössten Teil der Arbeitnehmer im Bereich des Reichswehrministeriums eine Ruhe-lohnversorgung besteht. Man darf auch erwarten, dass schleunigst von allen Reichs- und Staatsbehörden ähnliche Anordnungen vor allem überall da getroffen werden, wo eine solche Ruhe-lohnversorgung vorhanden ist. Wo sie nicht existiert, muss dafür Sorge getragen werden, dass die überalterten Arbeiter bei Entlassung zur gesetzlichen Altersrente noch einen Zuschuss erhalten.

Der Reichswehrminister hätte, wenn er sich einmal genauer umsehen wollte, noch verschiedene Möglichkeiten zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit. Er wird es z.B. kaum verantworten wollen, dass Offiziere, die pensioniert werden, am nächsten Tag sofort bei ihrer Dienststelle wieder in Arbeit treten und dort mit Arbeiten beschäftigt werden, die jeder x-beliebige Angestellte ebenso gut erledigen kann. Zur Beschaffung von Arbeit könnte ferner vom Reichswehrministerium auch dort etwas getan werden, wo man wie z.B. vor einiger Zeit bei der Wehrkreiswaffenmeisterei in Hannover für einige Wochen und Monate Arbeitskräfte braucht. Man muss dann natürlich auch solche Arbeitskräfte einstellen und darf nicht gegen den Willen der Arbeiterschaft die Arbeitszeit von 48 auf 51 Stunden erhöhen. So etwas ist gegenwärtig einfach nicht zu verantworten. Sind die hier in Frage kommenden Beamten widerspenstig, dann muss ihnen eben vom Reichswehrminister klar gemacht werden, was sie zu tun und zu lassen haben. Auch im Bereich der Reichsmarineleitung sieht es in der Arbeitszeit recht böse aus. Seit Monaten bemühen sich die Gewerkschaften, die Arbeitszeit auf wenigstens 48 Stunden pro Woche herunterzubringen. Alle ihre Bemühungen scheiterten jedoch an dem Widerstand der Ministerialbürokratie. Es sind jedoch nicht die Arbeiterreferenten des Ministeriums, die Schwierigkeiten machen, sondern andere Kräfte. Die Arbeiterreferenten im Reichswehrministerium können

sich nicht durchsetzen. Sind sie etwa nur Atrappen? Das den Organisationen längst gegebene Versprechen, den Arbeiterreferenten mehr Recht einzuräumen, muss vom Reichswehrminister endlich einmal eingelöst werden.

SPD. Auch in Schweden macht sich in Arbeitgeberkreisen eine Lohnabbau=manie bemerkbar. Verschiedene Lohnkürzungsversuche wurden mit Streiks beant=wortet, die fast immer zu Gunsten der Arbeiterschaft beendet werden konnten.

Der Tarifvertrag des schwedischen Baugewerbes wurde nicht gekündigt. Seine Geltungsdauer wurde damit in allen seinen Teilen auf 1 Jahr (bis zum 1. April 1932) verlängert. Unter den Tarifvertrag fallen ca 15 000 Bauarbeiter.

SPD. Madrid, 7. Febr. (Eig. Drahtb.)

Die Bauarbeiter von Cadiz haben ultimativ eine Erhöhung ihrer Löhne ver=langt. Die Gewerkschaft ist mit dem Zivilgouverneur von Cadiz in Verbindung getreten, um möglichst eine gütliche Vereinbarung zu erzielen.

SPD. Die schwedische Regierung hat zur Schlichtung des Arbeitskonflikts in der Textilindustrie eine Dreimann-Kommission ernannt. Der aus dem Arbeits=konflikt entstandene Streik dauert bereits 3 Wochen und umfasst rund 34 000 Arbeiter.

SPD. Die Zigarrenfabrikanten wollen ebenfalls den Lohn abbauen. Sie haben zu diesem Zweck den Tabakarbeiterverbänden das Lohnabkommen gekündigt. Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiterverbandes hat deshalb die Beiratsmitglie=der aus der Zigarrenbranche, die Gauleiter und eine Vertretung des Ausschusses nach Bremen geladen, wo gemeinsam zu der durch die Kündigung geschaffenen Lage Stellung genommen wird.

SPD. In Klein-Leipisch soll das gesamte Gruben- und Abraumgebiet der Braunkohlen- und Brikettindustrie stillgelegt werden. Der Belegschaft ist be=reits zum 14. Februar gekündigt worden. In den übrigen Betrieben soll künftig nicht mehr an drei, sondern nur noch an zwei Tagen der Woche gearbeitet wer=den. Von der Stilllegungsaktion werden mehrere hundert Arbeiter betroffen.

SPD. Die Leizung der Zweigniederlassung Trier der Haus Neuerburg G.m.b.H. hat bekannt gegeben, dass sie die Produktion vorläufig bis zum 23. Februar einstellt und den Betrieb bis zu diesem Zeitpunkt stilllegt. Die Werkleitung hofft, zu dem in Aussicht genommenen Zeitpunkt den Betrieb wieder voll aufneh=men zu können. Das kaufmännische Personal wird weiter beschäftigt.

Flaute auf den Warenmärkten.

SPD. Man hatte an den Warenmärkten der Welt im neuen Jahr eine Belebung des Geschäftes erwartet. Sie ist auch ganz vereinzelt eingetreten, aber die zweite Hälfte Januar hat sie eigentlich überall wieder zum Verschwinden gebracht. Die Preisschwankungen waren nirgends sonderlich gross, und man kann wohl auch aus der Tatsache, dass es sich überwiegend um Rückgänge handelte, nicht ohne weiteres allgemeine Schlüsse ableiten. Aber der Grundton der Verstimmtheit und der Geschäftsunlust, der eigentlich alle Märkte kennzeichnete, ist doch wohl als erheblich bedeutsamer zu bewerten und man wird bis zum Beweis des Gegenteils auch die gelegentlichen Berichte aus Amerika über "hoffnungsvollere Unterströmungen" mehr als Wünsche und Hoffnungen, denn als Tatsachen ansehen müssen.

Ein ganz guter Beweis dafür ist der Kupfermarkt. Dort hatte das Kartell nach einem misslungenen Versuch der Preissteigerung zunächst versucht, den Preis wenigstens zu halten und den Markt dadurch anzuregen, dass man für Kupfer zur späteren Abladung ganz kleine Aufschläge nahm. Auch das misslang; es soll in der letzten Woche etwa eine Tageserzeugung verkauft worden sein und so blieb dem Kartell nichts übrig, als wieder einmal mit seinem Preis nahezu auf den bisher tiefsten herunterzugehen. - Der Zinnmarkt ist mehr unsicher als eigentlich schwach; man hat immer wieder das Gefühl, dass bei der Fördereinschränkung mehr geredet, als getan wird. Bis jetzt wenigstens ist der Verbrauch (wie beim Kupfer) mehr zurückgegangen als die Erzeugung. Beim Zink warf kürzlich ein Fachblatt die Frage auf, woraufhin denn der beispiellos niedrige Preis eigentlich steigen sollte, beim Blei scheint es dem Pool je länger um so schwerer zu werden, angesichts der grossen Zufuhren den Preis zu halten. Ganz ähnlich sieht die Lage auch beim Quecksilber aus, bei dem die beiden Hauptbeteiligten Italien und Spanien sind: Der Versuch eines Verkaufs grosser Mengen unter Preis ist abgelehnt worden, aber in sehr merkwürdig stilisierter Form.

Völlig verworren scheint es zurzeit auch auf dem Kaffeemarkt auszusehen. Zunächst hat sich Brasilien von seinen alten Staatsbankiers, den Rotschids, wieder einmal rund 6½ Millionen Pfund Sterling vorstrecken lassen, die angeblich der Stützung des Wechselkurses dienen sollen. Aber gleichzeitig wird behauptet, dass der Staat die gesamten freien Kaffeebestände übernehmen und mit den von Sao Paulo verpfändeten zusammen in eine neue Bundesanleihe einbringen wollte. (Die alte ist so miserabel gegangen, dass man nicht recht sieht, wie eine neue unterzubringen sein sollte.) Der Markt lebt inzwischen von der Hand in den Mund; der Verbrauch ist angesichts der Weltkrise auch durch die (ausser in Deutschland) billigen Preise kaum angeregt worden, und die ausserbrasilischen Sorten arbeiten sich immer stärker vor.

Beim Zucker schweben die Valorisationsverhandlungen noch immer. Was die Javaner eigentlich tun werden, das weiss trotz aller Erklärungen, sie würden schon zustimmen, im Grunde kein Mensch und das Auftreten russischer Verkäufe in Indien ist ein schlechtes Vorzeichen für die künftige Arbeit des Kartells, dem auch kleinere europäische Ausfuhrländer recht unbequem werden könnten. Die erwähnten russischen Verkäufe erfolgten übrigens nur wenige Prozent unter den Preisen der Javaner, deren Zucker viel besser ist. Von einem Zucker-Dumping sollte man also besser nicht sprechen. Gummi liegt weiter schwach, ohne dass

sich etwas Neues ereignet hätte. Denn die zurückgegangenen Ausfuhren von Ein= geborenen-Kautschuck scheinen im wesentlichen darauf zurückzugehen, dass der geringe Kautschuck zurzeit unverkäuflich ist, also nicht ausgeführt werden kann.

Am Getreidemarkt hat sich im Grunde genommen auch wenig ereignet, denn die grössere argentinische Ernte kannte man ebenso wenig wie die australi= sche und, dass in solchen Fällen aus Argentinien Wetterklagen kommen, um die Preise zu treiben, das hätte man nach früheren Erfahrungen auch wissen müssen; die Wirkung auf den Markt hat auch nicht lange vorgehalten. Höchstens eine Tatsache wäre vielleicht zu erwähnen, nämlich ein sehr ernster Artikel des be= bedeutendsten internationalen Sachverständigen für Getreide, Georg Broomhall. Er sagt dem Valorisationsversuche des Unionfarmamtes mit ziemlich unverblünten Worten den völligen Zusammenbruch voraus.

Die Spinnfasern weisen ebenfalls überwiegend Preisrückgänge auf. Beson= ders bemerkenswert ist es, dass anscheinend die Schwäche des Marktes auch hier nicht ausreicht, um eine kräftige Einschränkung des Baumwollanbaus zu erzwin= gen. Denn alle Anzeichen deuten daraufhin, dass in der Union der Baumwollanbau höchstens um etwa 8 bis 10 % zurückgehen wird, während nach der Ansicht des Farmamts mindestens 25 % notwendig wären. Bei Wolle ist die Lage so, dass die erste, nicht einmal sonderlich reich beschickte Versteigerung in London eine Woche vor dem festgesetzten Zeitpunkt geschlossen wird, weil man befürchtet, den Markt sonst allzu stark zu belasten; dabei sind die Notierungen seit dem Dezember um mindestens 10 bis 15 % zurückgegangen.

SPD. In der Schokoladenwirtschaft ist es zwischen der Industrie und dem Handel zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen, wer die Kosten des Preisab= baus bei der Markenschokolade tragen soll. In der deutschen Schokoladenin= dustrie sind unter den annähernd 3 000 Zwarg= und Mittelbetrieben etwa 10 bis 12 Grossbetriebe mit einer Durchschnittsbelegschaft von 3000 bis 5000 Köpfen, die unter sich einen Markenschutz vereinbart haben, und zwar dürfen bestimmte Waren wie Sarotti, Hildebrandt, Stollwerck, Felsche, Most usw. nur zu den von der Markenvereinigung festgesetzten Preisen verkauft werden. Da diese Gross= unternehmen mit ihrer Markenschokolade den Inlandsmarkt beherrschten und die vielfach auch sehr guten Sorten der anderen Betriebe gegen die Konkurrenz der Markenschokolade nicht aufkommen konnten, war das Markenkartell ohne weiteres in der Lage, den Verbrauchern Preise aufzuzwingen, die in gar keinem Verhält= nis mehr zu den erheblich verbilligten Gestehungskosten der Fabriken standen. Diese Politik wurde durch die hohen Schokoladenzölle in Deutschland noch unter= stützt.

So blieben seit Jahr und Tag die Kleinhandelspreise der Markenschokolade unverändert auf ihrem hohen Stand von 2,40 bis 3,00 Mark das Pfund, obwohl die Preise für Kakao, also für den wichtigsten Rohstoff, mit in den allgemeinen Strudel der Preisrevolution auf den Weltmärkten gerissen worden waren. So stellten sich die Durchschnittspreise für eine marktgängige Qualitätsbohne im Jahresdurchschnitt

1927	68,50	Mark	je	Zentner
1928	58,50	"	"	"
1929	46,25	"	"	"
1930	35,2	"	"	"

In den letzten drei Monaten 1930 sind die Kakaopreise auf dem Weltmarkt von 29,25 bis auf 27,50 Mark weiter gesunken. Die Kakaopreise sind also gegen= über 1927 im letzten Vierteljahr 1930 um mehr als 60 % gefallen. Auch der zwei= te wichtige Rohstoff, der Zucker, ist billiger geworden und stellte sich im Dezember 1930 auf 19,75 Mark gegen 20,89 Mark im Juni und 20,56 im Januar 1930.

Die Fabrikanten von Markenschokolade haben also enorme Sonderprofite aus

dem Preissturz der Rohstoffe auf Kosten des Konsumenten gezogen. Daneben trägt an der Ueberteuering der Ladenpreise aber auch die ungesunde Uebersetzung des Handels ein gerütteltes Mass von Schuld. Der unrationelle Vertrieb im Gross- und Kleinhandel hat zur Folge, dass die Produktionskosten für ein Pfund Markenschokolade nicht höher sind als Vertriebskosten bis zum Verbraucher.

Dass der Zwang der Markenverordnung der Regierung, die Preise um 10 % abzubauen, die Markenschokoladefabriken nicht hart trifft und dass hier ganz allgemein ein durchgreifender Abbau möglich wäre, zeigt der Beschluss der Sarrattifabrik, Preissenkungen bis zu 15 % vorzunehmen. Die Fabrik Most, die aus dem Markenkartell ausgetreten ist, hat sogar ihre Preise um 20 bis 40 % herabgesetzt. In der Schokoladenwirtschaft liegen also Preisabbaumöglichkeiten vor, die von der Regierungsverordnung nur zum kleinen Teil ausgeschöpft wurden. Die Fabrikanten müssten mit Leichtigkeit die verlangten 10 % Preisabbau tragen können. Beim Handel aber sollte darüber hinaus ein Abbau der Spanne erfolgen.

SPD. Die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben im Jahre 1930 dem Ausland Anleihen im Gesamtbetrage von 1,27 Milliarden Dollar gewährt. Das sind etwa 180 Millionen Dollar mehr als im Jahre 1929. Gegenüber den Jahren 1928 und 1927, wo fast eine Summe von 2 Milliarden Dollar erreicht wurde, sind die Auslandskredite der Vereinigten Staaten sehr beträchtlich zurückgegangen. Von diesen 1,27 Milliarden gingen 270 Millionen Dollar nach Europa, 600 Millionen Dollar nach Kanada, 265 Millionen Dollar nach Mittel- und Südamerika, 72 Millionen Dollar gingen nach dem Fernen Osten; nur 67,8 Millionen Dollar vom Gesamtbetrag waren Aktienemissionen, die voll nach Kanada gegangen sind. Von den 270 Millionen, die nach Europa gingen, entfielen rund 166 Millionen Dollar auf Deutschland, wovon wieder 98 Millionen Dollar auf den Anteil des amerikanischen Kapitals an der Younganleihe kamen.

SPD. Die am 5. Februar im Haag begonnenen deutsch=holländischen Wirtschaftsverhandlungen, die auf deutscher Seite von Ministerialdirektor Dr. Posse, auf holländischer Seite vom Handelsminister Colijn geführt wurden, sind vertagt worden. Man wollte sich darüber verständigen, wie man die deutsch=holländischen Wirtschaftsbeziehungen, die in den letzten Monaten durch die deutsche agrarische Hochschutzzollpolitik getrübt wurden, auf neue gesunde Grundlagen stellen kann. Es wurde vereinbart, dass Holland der Reichsregierung ein Verzeichnis aller niederländischen Einzelwünsche übermittelt. Es bestand ferner Einverständnis darüber, dass die Delegationen erst wieder zusammentreten sollen, wenn die Ergebnisse der Verhandlungen über die internationale Handelskonvention vom März 1930 vorliegen, und die deutsch=englischen Wirtschaftsverhandlungen beendet sind.

SPD. Der 32-Millionenkredit des deutschen Reiches, der von ausländischen Bankgruppen gegen Diskontierung von Reichsforderungen aus dem Verkauf der Reichsbahnvorzugsaktien gewährt wird, kann als abgeschlossen gelten. Die schweizerischen und englischen Bankgruppen haben die Verträge bereits unterzeichnet.

Ruhiger Wochenschluss.

(Berliner Getreidebörse vom 7. Februar.)

SPD. Am Sonnabend hatte die Berliner Produktenbörse einen sehr ruhigen Wochenschluss. Die Geschäftstätigkeit hielt sich in engen Grenzen, zumal das Angebot in promptem Roggen und Weizen recht klein blieb. Da sich Mühlen und Händler aufnahmewillig zeigten, konnte die Ware zu unveränderten Preisen untergebracht werden. Auch am Markte der Zeitgeschäfte war wenig Bewegung. Die Weizennotierungen blieben unverändert, während Roggen seine Kurse für spätere Sichten leicht zu befestigen vermochte. Am Mehlmarkt hielt die Leblosigkeit im Geschäft mit Roggenmehlen weiter an. Für Weizenmehl in guten Qualitäten zeigte sich etwas besseres Interesse, sodass verschiedene Umsätze zu unveränderten Preisen zustande kamen. Hafer hatte sehr ruhigen Markt. Das Angebot war ausreichend; die Preise blieben gut behauptet.

	6. Februar (ab märkische Station in Mark)	7. Februar
Weizen	265 - 267	265 - 267
Roggen	155 - 157	155 - 157
Braugerste	204 - 213	204 - 213
Futter- und Industrierogerste	190 - 204	190 - 204
Hafer	138 - 145	138 - 145
Weizenmehl	30,25-37,50	30,25-37,50
Roggenmehl	23,55-26,50	23,50-26,50
Weizenkleie	11,00-11,25	11,00-11,25
Roggenkleie	9,50-10,00	9,50-10,00

Handelsrechtliche Lieferungsverträge: Weizen März 278 $\frac{1}{2}$ (Vortag 278 $\frac{1}{2}$), Mai 283 (286), Juli 290 (289 $\frac{1}{2}$). Roggen März 174 $\frac{1}{2}$ plus Geld (174 $\frac{1}{2}$), Mai 182 - 182 $\frac{1}{2}$ (181 $\frac{1}{2}$), Juli 182 $\frac{1}{2}$ (182 $\frac{1}{2}$). Hafer März 152 $\frac{1}{2}$ (152), Mai 161 plus Brief (159 $\frac{1}{2}$), Juli 166 $\frac{1}{2}$ (165).

SPD. In Rumänien hat der Minister für öffentliche Arbeiten einen Gesetzentwurf zur Einführung einer industriellen Planwirtschaft vorbereitet, über den die industriellen Unternehmer sehr erbittert sind. Sämtliche Industrie- und Handelsunternehmungen sollen branchenweise verpflichtet werden, Syndikate zu bilden, die einer staatlichen Oberaufsicht unterstellt werden. Die Gründung eines neuen Unternehmens wird von der Genehmigung der Syndikate abhängig gemacht. Ebenso sieht der Gesetzentwurf die Regelung der Preise und der Produktionsquoten durch die Syndikate vor. An der Spitze der einzelnen Syndikate soll jeweils ein Regierungskommissar stehen.

Rumänien ist in erster Linie ein Bauernland. In Rumänien gibt es keinen Marxismus, dennoch gibt es Gesetzentwürfe von bürgerlichen Regierungen, die das Ziel verfolgen, die kapitalistische Industrie planwirtschaftlich zu organisieren und der Kontrolle des Staates zu unterwerfen. Was die kapitalistischen Unternehmer zu einigem Nachdenken veranlassen sollte.

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 7. Febr.: I. 145 Mark, II. 137 Mark, III. 123 Mark je Zentner. Tendenz: fest.

Deutscher Reichstag

19. Sitzung vom 7. Februar 1931.

SPD. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlangte Abg. Stöcker (Komm) die Absetzung der Punkte von der Tagesordnung, die sich auf die Änderung der Geschäftsordnung und auf Aufhebung der Immunität von Abgeordneten beziehen. - Abg. Gottheiner (Dn) beantragt, nach dem Abschluss der Debatte auch die Misstrauensanträge gegen die Minister Treviranus, Dr. Curtius und Wirth zur Abstimmung zu bringen.

Präsident Löbe erwidert, die Misstrauensanträge gegen Curtius und Wirth könnten erst bei den Etats dieser Minister erledigt werden. Minister Treviranus habe allerdings keinen besonderen Etat.

Unter Pfui-Rufen der Flügelparteien wird dann der Antrag Stöcker gegen die Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen bei Stimmenthaltung des Landvolks abgelehnt. - Die zweite Beratung des Haushalts des Reichskanzlers wird dann fortgesetzt.

Abg. Bornemann (Volksnationale R.V.) erklärt, seine Freunde würden den Misstrauensanträgen nicht zustimmen. Es handelt sich nicht nur um eine Wirtschaftskrise, sondern um eine Volkskrise. Wir stimmen der Änderung der Geschäftsordnung zu, ebenso den Anträgen gegen den Missbrauch der Immunität. Viele Abgeordnete benutzen die Immunität nur dazu, sich vor den eigenen Volksgenossen zu schützen.

Abg. Dr. Oberfohren (Dn) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Joos gegen Dr. Thyssen. Dr. Thyssen habe in einer Versammlung deutschnationaler Industrieller nicht die Preisgabe deutscher Provinzen gefordert, sondern gegen die Kreditversklavung Deutschlands an Frankreich gekämpft. Dabei habe er gesagt, es sei zu erwägen, was schlimmer sei, der Verlust deutschen Landes in der Vergangenheit oder aber die goldenen Fesseln, die nunmehr zu der Tributversklavung noch hinzukommen sollen.

Abg. Dr. Kleiner (Dn) erklärt, von der Absicht des Kanzlers, den Schleier von der Sabotage der Osthilfe zu lüften, sei nichts übrig geblieben als eine agitatorische Polemik. Der Reichskanzler habe nicht die deutschnationale Beweisführung erschüttern können, dass die Absicht, die Osthilfe mit ausländischen Krediten zu finanzieren, eine gefährliche Fortsetzung der verhängnisvollen Wirtschafts- und Finanzpolitik bedeutet hätte, die den Osten ruiniert habe. Auf einen sozialdemokratischen Zuruf erwidert der Redner sehr scharf.

Präsident Löbe ruft Dr. Kleiner zur Ordnung und fügt, zu dem Abg. Schiller-Ostpreussen (Dn) gewandt, hinzu: Sie haben zu einem ganz groben Ausfall Beifall geklatscht. Ich rufe Sie zur Ordnung! (Unruhe). Herr Abg. Dr. Quaatz (Dn) teilt mir eben mit, dass auch er zu dieser Ordnungswidrigkeit Beifall geklatscht habe. Ich rufe auch Herrn Dr. Quaatz zur Ordnung. - Nach diesem Zwischenfall bemerkt man erregte Auseinandersetzungen zwischen Dr. Quaatz und einigen Abgeordneten der D.Vp. und des Zentrums. Ein Zentrumsabgeordneter ruft zu den Deutschnationalen hinüber: "Und das wollen nun Akademiker sein!"

Abg. Lucke (Wi.P.) erklärt, die gegenwärtige deutsche Wirtschaftsnot sei in erster Linie auf das marxistische Regiment in der Nachkriegszeit zurückzuführen. - Abg. Crispien (Soz) ruft ihm zu: "Erklären Sie doch einmal, was Sie unter Marxismus verstehen!" Abg. Lucke erörtert darauf die Entwicklung der Finanz- und Steuerpolitik der letzten Jahre, um nachzuweisen, dass die Finanznot entstanden sei durch das Entgegenkommen gegen die Forderungen der Sozialdemokraten. Das sei zum Schaden des Mittelstandes geschehen, weil die Deutschnationalen die positive Mitarbeit am Staate versagt hätten. Die Rettung könne auch nicht von den Nationalsozialisten kommen, sondern nur von einem erstarkten deutschen Mittelstand.

Abg. Döbrich (Dt. Landvolk) gibt eine kurze Erklärung ab, wonach seine Fraktion den Antrag auf Reichstagsauflösung ablehnt, damit sofort notwendige Massnahmen gesetzgeberischer Art im Interesse der notleidenden Landwirtschaft nicht weiter hinausgezögert würden. An der Einstellung der Fraktion habe sich seit ihrer Erklärung im November v. Js. nichts geändert, sie verlange eine Umbildung der Reichsregierung, die dem nationalen Volkswillen entspreche, und werde daher den Misstrauensanträgen zustimmen.

Abg. Dr. Ley (Nat. Soz.) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Joos. Wo die Zentrumsanhänger die Mehrheit hätten, da werde von ihnen Terror und Gewalt geübt.

Jetzt kommt der von den Nationalsozialisten und Kommunisten gegen das Gesamtkabinet eingebraachte Misstrauensantrag zur namentlichen Abstimmung. Für den Misstrauensantrag stimmen mit den Nationalsozialisten und Kommunisten die Deutschnationalen und das Landvolk. Der Misstrauensantrag wird mit 293 gegen 221 Stimmen bei 13 Stimmenthaltungen abgelehnt. (Pfui!-Rufe b. d. Komm.) Die Mehrheit der Wirtschaftspartei hat Stimmenthaltung geübt, die Minderheit hat gegen den Misstrauensantrag gestimmt.

Abg. Esser (Ztr): Nachdem das Misstrauensvotum gegen das Gesamtkabinet abgelehnt ist, beantragen wir Uebergang zur Tagesordnung über den Misstrauensantrag gegen den Minister Treviranus.

Die Abgg. Gottheiner (Dn) und Dr. Frick (Nat. Soz.) halten eine solche Abstimmung für unzulässig, Präsident Löbe weist aus der Geschäftsordnung die Zulässigkeit nach.

In namentlicher Abstimmung wird der Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung mit 312 gegen 206 Stimmen bei 7 Stimmenthaltungen der Wirtschaftspartei angenommen. Das Landvolk hat in diesem Falle für Uebergang zur Tagesordnung gestimmt, die Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen stimmten dagegen.

Der nationalsozialistische Antrag auf Reichstagsauflösung wird dann in namentlicher Abstimmung mit 318 gegen 207 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmten die Nationalsozialisten, die Deutschnationalen, die Kommunisten und vom Landvolk der Abg. Dr. Wendhausen.

Abg. Stöhr (Nat. Soz.) beantragt hierauf Vertagung. In der Presse werde verbreitet, dass die aussenpolitische Debatte schon am Montag stattfinden solle. Das würde ein Verstoss gegen die Vereinbarungen des Ältestenrats und eine Illoyalität sein. Die Vertagung sei notwendig, um zu solchen Plänen Stellung nehmen zu können.

Präsident Löbe erwidert, er habe erst vor wenigen Minuten mit dem Ausenminister darüber gesprochen, dass die aussenpolitische Debatte am Dienstag stattfindet.

Zunächst werden noch die Abstimmungen zum Etat vorgenommen. Der kommunistische Antrag auf Streichung des Gehalts des Reichskanzlers wird in namentlicher Abstimmung mit 314 gegen 207 Stimmen der Kommunisten, Nationalsozialisten und Deutschnationalen abgelehnt. Mit ähnlichem Stimmenverhältnis werden dann in einer ganzen Reihe von namentlichen Abstimmungen weitere Streichungs- und Änderungsanträge der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Schliesslich meldet sich Abg. Esser (Ztr) zur Geschäftsordnung. Er wird von Nationalsozialisten und Kommunisten mit lärmenden Rufen empfangen: Schieber! Habt ihr den Dreh gefunden? Abg. Esser beantragt, über alle noch vorliegenden Änderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen und über alle noch nicht erledigten Kapitel des Etats gemeinsam abzustimmen. (Rufe auf der äussersten Linken und Rechten: Unerhört!)

Abg. Stöcker (Komm) erklärt diesen Antrag für eine Vergewaltigung der Minderheit und für geschäftsordnungswidrig; er widerspreche zum mindesten der

gesamten bisherigen Praxis. Der Redner verlangt namentliche Abstimmung über den Vorschlag Esser.

Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) und Abg. Dr. Everling (Dnt) schliessen sich diesem Protest und dem Verlangen nach namentlicher Abstimmung an.

Mit 301 gegen 218 Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen, des Landvolks und der Kommunisten beschliesst das Haus, über alle Änderungsanträge zur Tagesordnung überzugehen.

Abg. Dr. Everling (Dnt) beantragt, über den Antrag Esser auf Annahme des Etats en bloc zur Tagesordnung überzugehen, weil dieser Antrag nicht ernst gemeint sei und eine verfassungswidrige Entrechnung der Minderheit bedeute.

Abg. Stöhr (Nat. Soz.): Das Volk draussen wird Ihnen (zur Mitte) die Antwort geben! (Lachen in der Mitte) Ich beantrage namentliche Abstimmung über den Antrag Everling.

Abg. Esser (Ztr): Als die Deutschnationalen in der Regierung waren, sind wir schon einmal so verfahren, und zwar auf Anregung von Dr. Everling (Hört, hört! in der Mitte).

Abg. Torgler (Komm) protestiert gegen die Strangulierung der Rechte der Minderheit.

Präsident Löbe: Ich sehe in dem, was wir jetzt beschliessen, nur eine Notwehrmassnahme (hört, hört!). Wer den Versuch macht, über jeden der Zehntausende von Kapiteln und Titeln des Etats namentliche Abstimmung herbeizuführen, der versucht, die Erledigung des Etats unmöglich zu machen. (Sehr richtig! bei der Mehrheit) Die Abwehrmassnahmen der Mehrheit sind also berechtigt. Ich möchte aber beide Teile von diesem Wege zurückrufen. Deshalb betone ich, dass es sich im Augenblick nur um eine Notwehrmassnahme handelt, die übrigens mit der Geschäftsordnung nicht im Widerspruch steht.

Abg. Dr. Everling (Dn): Wenn über alles im Ramsch abgestimmt werden soll, dann könnte der Reichstag ja einfach nachhause gehen (Rufe links! "Gehen Sie doch!") Mit Ihrer Demokratie ist verflucht nichts mehr los! (Sehr gut! rechts)

Abg. Stöcker (Komm): Die Bemerkung des Präsidenten beweise seine ganze Einseitigkeit. Er gibt sich nach aussen den Anschein der Unparteilichkeit, während er tatsächlich der Einpeitscher der Vergewaltigungsaktion gegen die Minderheit ist. (Beifall b.d. Komm.)

Es wird nun in namentlicher Abstimmung der Antrag Everling (Dn) auf Uebergang zur Tagesordnung über den Antrag Esser mit 298 gegen 198 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Esser (Ztr) auf Bloc Annahme des Haushalts des Reichsministeriums, des Reichskanzlers und der Reichskanzlei wird hierauf mit 312 gegen 206 Stimmen angenommen.

Die Abgg. Dr. Frick (Nat. Soz.) und Dr. Everling (Dn) erklären, nun müsse erst noch über den Etat abgestimmt werden. Diese Abstimmung verlangen sie für Montag. Abg. Esser (Ztr) verweist demgegenüber auf den Wortlaut seines soeben angenommenen Antrags, der die Annahme des Etats feststelle.

Präsident Löbe schliesst sich dem Abg. Esser an, erklärt den Etat des Reichskanzlers für angenommen und schlägt vor, die nächste Sitzung am Montag, 3 Uhr, abzuhalten und den Antrag auf Änderung der Geschäftsordnung auf die Tagesordnung zu setzen. Die Abgg. Torgler (Komm) und Stöhr (Nat. Soz.) widersprechen dem Vorschlag des Präsidenten und beantragen für Montag die Beratung der Frage des verbilligten Frischfleisches. Das wird abgelehnt gegen die Stimmen der Antragsteller. Ein deutschnationaler Antrag auf Beratung des Etats des Auswärtigen Amtes am Montag wird gleichfalls abgelehnt.

Um 4½ Uhr wird der Vorschlag des Präsidenten angenommen: Auf der Tagesordnung der Montagssitzung stehen also neben dem Etat des Reichspräsidenten die Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung und auf Aufhebung der Immunität in bestimmten Fällen. Der Präsident bittet die Abgeordneten, sich am Montag auf eine lange Sitzung einzurichten.

Landtags=Stimmungsbild.

SPD. Berlin, den 24. Febr. (Fig. Ber.)

Im Preussischen Landtag wurde am Dienstag in langausgedehnter Sitzung die allgemeine Aussprache über den Bergetat beendet. Selbst von bürgerlichen Rednern fehlte es nicht an heftiger Kritik der Politik der Kohlen- und Eisenherren und an Forderungen für besseren Schutz des Lebens der Bergarbeiter. Eine Ausnahme machten nur die Rechtsparteien, insbesondere der "Vertreter des kleinen Mittelstandes", der Wirtschaftsparteiler Schmidt-Höpke, Redakteur der schwerindustriellen "Bergwerkszeitung". Mit ihm rechnete Genosse Otter gründlich ab; ebenso mit der gestrigen Schimpfrede des Kommunisten Sobottka auf die Gewerkschaften. Otter verlas eine Anweisung der kommunistischen Zentrale von Mitte November vorigen Jahres, nach der zum Jahresanfang ein Bergarbeiterstreik inszeniert werden sollte, aber nicht etwa gegen die Unternehmer zur Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, sondern zur Umwandlung der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Bergbau in einen kommunistischen roten Bergarbeiter-Verband. Lärmende Zurufe der Kommunisten bezeichneten diese Anweisung als Spitzelmache. Aber Sobottka selbst musste nachher ihre Echtheit zugeben. Ueber die Erklärung der Buchstaben R.G.O. als Riesen Grosse Ochsenschädel durch Otter konnte er sich allerdings garnicht beruhigen. Im übrigen legte er Wert darauf festzustellen, dass er im Kriege nicht Feldgendarm, sondern kaiserlicher etatsmässiger Feldwebel gewesen sei. Er fühlte sich damit erhaben über unseren Genossen Fries-Siegen, der nach seiner Angabe den Krieg bei der Heilsarmee verbracht hätte. Aber Genosse Fries-Siegen konnte ihm sofort nachweisen, dass er vier Jahre an der Front gestanden hätte und sechs Kriegsortden besässe. Als er feststellte, dass er sogar schliesslich Feldwebel geworden sei, nahm das Gelächter auf Kosten Sobottkas kein Ende.

Im übrigen legte Genosse Fries mit ausgezeichneter Klarheit die Gründe dar, die ihn und ihm folgend die Fraktion veranlasst haben, die Subventionierung des Siegerländer Erzbergbaues durch Reich und Staat herbeizuführen. Nicht etwa weil wir prinzipiell die Subventionspolitik wünschten, sondern als unausweichliche Notwendigkeit, 12 000 Bergarbeitern Arbeitsplatz und Lohn zu erhalten.

Am Mittwoch soll anstelle des verstorbenen Dr. Wiemer der Volksparteiler von Eynern zum Vizepräsidenten gewählt und danach der Finanzausgleich beraten werden.
